

IM BLICK.PUNKT

SPD-Stadtverband im Wahlkampf	2
Infoblock: Kommunalwahl	2
Unsere fünf>Listenersten	3
Unser Mann für Europa: Arne Lietz	4
Über das Vertrauen in Europa	5
Infoblock: Europawahl	5

ÜBER.BLICK

Zur Polizeistrukturereform im Land	6
Keine Meilensteine der Demokratie.....	7
Reform der Sicherheitsarchitektur	7
S.C.H.I.R.M.-Projekt stellt sich vor	8

IMPRESSUM

blick.punkt

Zeitschrift der SPD Halle (Saale)
Große Märkerstraße 6, 06108 Halle
koordination@blickpunkt-halle.de
www.blickpunkt-halle.de

Herausgeber: SPD-Stadtverband Halle (Saale)

V. i. S. d. P.: Christian Weinert, SPD-Stadtvorsitzender

Redaktion: Marcus Schlegelmilch (*Ltg./MS*), Thomas Stimpel (*Ltg./TS*), Oliver Hartung (*OH*), Igor Matviyets (*IM*), Andrej Stephan (*AS*), Christian Weinert (*CW*), Tina Wiesner (*TW*)

Druck: Druckerei Teichmann Halle

Einschränkungen: Die Beiträge geben die private Meinung der Autor_innen wieder und sind nicht zwangsläufig mit der Meinung der SPD identisch. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingesandte Texte zu bearbeiten und ggf. nur auszugsweise abzudrucken. Die Vervielfältigung ist unter Verwendung eines vollständigen Quellenverweises gestattet. Die Rechte an Wort und Bild liegen – sofern nicht anders ausgewiesen – beim SPD-Stadtverband Halle (Saale).



KOMMUNAL- UND EUROPAWAHLEN 2014

RED.ACTION

Liebe Leserinnen und Leser,

der blick.punkt feiert in diesem Jahr seinen 8. Geburtstag. Diente der blick.punkt in den vergangenen Jahren eher der innerparteilichen „Nabelschau“, so werden wir künftig den Blick stärker auch nach außen richten. Der blick.punkt soll mehr sein als eine Mitgliederzeitschrift. Deshalb ist es unser Anliegen, häufiger als bisher externe Autor(inn)en einzubinden.

Schwerpunktt Themen sind in dieser Ausgabe die Kommunal- sowie die Europawahl am 25. Mai 2014. Im Über.blick diskutieren verschiedene Autor(inn)en die

Polizeistrukturereform im Land Sachsen-Anhalt.

Zudem lassen wir Verbände und Initiativen zu Wort kommen, die von ihrer Arbeit berichten und uns für unsere politische Arbeit wichtige Anregungen mitgeben. Wir freuen uns, diesbezüglich für diese Ausgabe das S.C.H.I.R.M.-Projekt gewonnen zu haben.

Eine angenehme Lektüre wünschen Ihnen im Namen der gesamten Redaktion

Marcus Schlegelmilch &
Thomas Stimpel

WEIL UNS HALLE WICHTIG IST

Von Christian Weinert und Marcus Schlegelmilch, *blick.punkt*

Mit der Kommunal- und Europawahl stehen binnen zwölf Monaten nach der Bundestagswahl erneut Wahlen an. Die haleschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden in den kommenden Wochen im öffentlichen Stadtbild in Erscheinung treten.

Stadtverband. Während bei der Bundestagswahl 2013 die planerische Organisation der Infostände, Plakatierung und Flyerverteilung durch das Wahlkampfteam wahrgenommen wurden, obliegt diese Aufgabe nun den Ortsvereinen in den jeweiligen Wahlbereichen. Alle Ortsvereinsvorsitzenden sind im Wahlkampfteam vertreten, um die Kommunikation in die Mitgliedschaft abzusichern. Im Wahlkampfteam wurde die Vorarbeit geleistet. Die Flyer und Kandidatenplakate sind gedruckt, die Podien organisiert, Finanzierungsfragen geklärt und das Kampagnendesign wurde gemeinsam mit den Vorsitzenden der Ortsvereine entwickelt.

Rund 30 Kandidierende haben sich für einen Flyer im einheitlichen Design entschieden, die Listenersten sind plakativ im Stadtbild zu sehen. Mehr als 50 Sympathisanten und Parteimitglieder treten in den fünf Wahlbereichen für die SPD an.

Aus unserem ohnehin prägnanten Programm zur Kommunalwahl haben wir vier Themenfelder gezogen, die wir einprägsam durch Themenplakate vermitteln wollen. Mit den Themen „Spielplätze“, „sichere Fußwege“ und „Kita-Plätze“ unterbreiten wir konkret umrissene Angebote, die sich aus den allgemeinen Phrasen anderer Mitbewerber abheben. Eingebettet wird die Themenplatzierung durch den einheitlichen Slogan „Weil uns Halle wichtig ist“, der faktisch den Rahmen der Kampagne bildet. Zu jedem Thema wird es ein Argumentationspapier geben, das an den Ständen ausliegen wird. Tür-zu-Tür Wahlkämpfe runden unser Angebot ab.

In den Wahlkampf zur Europawahl bringen sich insbesondere die hiesigen Jusos mit großem Engagement ein. Die kreative und verlässliche Arbeit unserer jungen Genossinnen und Genossen kann dabei besonders gewürdigt werden.

Bei allem Wahlkampf darf eines nicht vergessen werden. Ein klassisches Kampagnendesign mit den gängigen Flyern, Infoständen

und Tür-zu-Tür Besuchen ist anstrengendes und doch erwartbares Handeln unmittelbar vor Wahlen. Bereits bei der Wahl zum letzten Bundestag hat sich mit dem beachtlichen Erststimmenergebnis von Karamba Diaby gezeigt, welche Wirkung persönliche Bekanntheit, gesellschaftliche Verankerung und geschenktes Vertrauen entfalten. Karamba Diabys Zahl der Erststimmen übertrug deutlich das – viel zu niedrige – Zweitstimmenergebnis der SPD.

Dies dürfte bei einer Kommunalwahl, die ohnehin nur ein personalisiertes Wahlrecht kennt, umso mehr gelten. Deshalb werden wir weiter das Gespräch mit den handelnden Akteuren unserer Stadt suchen. Dazu zählen ganz besonders die vielen Vereine, Initiativen und Verbände, die unser Halle mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit bereichern. Aus den Gesprächen nehmen wir Anregungen für unser weiteres politisches Handeln, vornehmlich im Stadtrat, mit. Der Vorstand des Stadtverbandes sucht mittlerweile auf jeder Sitzung den Kontakt zu gesellschaftlichen Akteuren, die Fraktion lädt häufig Initiativen ein. Wir haben diesen Weg eingeschlagen und werden ihn konsequent weitergehen.

Den regen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern sollen auch die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften halten, jedes Mitglied kann sich hier einbringen. Kein noch so gut geplanter Wahlkampf kann diese persönliche Bekanntheit und diese gesellschaftliche Vernetzung ausgleichen, die wir zwischen den Wahlkämpfen bisweilen versäumt haben. Das gilt für die Kommunalwahl – und im Sinne des Ansatzes bereits jetzt für die Landtagswahlen in knapp zwei Jahren.

WEIL UNS
HALLE
WICHTIG IST.



KOMMUNALWAHL

/TS. Am 25. Mai 2014 ist es soweit: Landesweit werden durch die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger neue Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte für eine Dauer von fünf Jahren gewählt. In einigen Landkreisen Sachsen-Anhalts stehen zudem Landratswahlen an. In der Stadt Halle (Saale) gibt es fünf Wahlbereiche. Für jeden Wahlbereich existieren Listenvorschläge, die im Vorfeld durch Parteien, Wählervereinigungen oder Initiativen aufgestellt wurden. Dort sind die entsprechenden Kandidierenden der jeweiligen Gruppierung aufgeführt. Ebenfalls möglich sind Einzelbewerbungen. Wählbar ist, wer in unserer Stadt gemeldet ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Wahlberechtigt sind im Sinne des Art. 116 des Grundgesetzes alle Bürgerinnen und Bürger, die die deutsche oder aber die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union besitzen und seit mindestens drei Monaten in Halle (Saale) gemeldet sind. Wichtig ist: Im Gegensatz zur Bundestagswahl darf bei der Kommunalwahl bereits wählen, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat.

Für den künftigen Stadtrat sind insgesamt 56 Sitze zu vergeben. Die Vergabe erfolgt unter Berücksichtigung der Grundsätze der Verhältniswahl. Dafür darf jeder Wahlberechtigte auf dem Wahlzettel bis zu drei Stimmen vergeben. Es ist möglich, diese Stimmen zu kumulieren, also bis zu drei Stimmen lediglich einem Kandidaten zu geben. Zudem haben Wahlberechtigte die Möglichkeit zu panaschieren. Sie können also auch unterschiedlichen Kandidierenden einer oder mehrerer Listen ihre drei Stimmen zuteilen.

Dieses Wahlsystem ist vergleichsweise komplex. Es eröffnet dafür aber den Wahlberechtigten die Chance, den jeweiligen Rat „verhältnismäßig“ so zusammenzusetzen, dass ein möglichst breites Interessenspektrum vertreten ist.

WEIL UNS HALLE WICHTIG IST: DIE FÜNF LISTENERSTEN

Zusammengetragen von Igor Matviyets, *blick.punkt*

Wir stellten unseren Spitzenkandidaten zwei Fragen, um ihnen in dieser Ausgabe Raum für eine kurze, eigene Stellungnahme zu geben:

1. Wenn Du ohne finanzielle und bürokratische Hürden eine Sache in Halle ändern bzw. schaffen könntest, was wäre das und warum?
2. Getreu unserem Wahlkampfslogan „Weil uns Halle wichtig ist.“: Was ist Dir an Halle wichtig?



ERIC EIGENDORF
(WAHLBEREICH 1)

FRAGE 1

Ich würde dafür sorgen, dass wir die Sozialarbeit stärken. Im schulischen Bereich müssen wir unser Engagement

dort verstärken, wo Schulsozialarbeit schon wirkt. Außerdem müssen wir uns in der freien Jugendarbeit stark verbessern.

FRAGE 2

Mir ist die Vielseitigkeit unseres Stadtbildes wichtig. Zwischen Altstadt, Silberhöhe, Neustadt, Paulusviertel und Dölau hat Halle viele unterschiedliche Facetten, die die Stadt liebenswert machen. Wir müssen Sorge tragen, dass diese Facetten erhalten bleiben und sich die Menschen hier wohlfühlen.



KAY SENIUS
(WAHLBEREICH 2)

FRAGE 1

Ich würde eine kommunale Gesellschaft gründen, in der jeder, der Arbeit sucht, sinnvoll beschäftigt wird und sich so in Halle einbringen kann – freiwillig und fair bezahlt. Damit wäre Halle die Stadt,

in der das Recht auf Teilhabe durch Arbeit verwirklicht, in der das Armutsrisiko deutlich reduziert und der Zusammenhalt in der Gesellschaft kräftig gestärkt würde.

FRAGE 2

Wichtig ist mir, dass Halle, trotz knapper öffentlicher Finanzmittel und perspektivisch weiter schrumpfender Einwohnerzahl, seine wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Attraktivität weiter ausbauen bzw. erhalten kann. Um das zu gewährleisten, ist es insbesondere wichtig, dass jungen Menschen gute berufliche Einstiegs-, Bleibe- und Rückkehr Optionen in Halle angeboten werden können.



DR. KARAMBA DIABY
(WAHLBEREICH 3)

FRAGE 1

Ich würde die Kooperation des Christian-Wolff-Gymnasiums mit der Sekundarschule Kastanienallee für

den Aufbau der ersten Gemeinschaftsschule Halles vorantreiben und damit einen wichtigen Beitrag für eine Stärkung unserer Schul- und Bildungslandschaft leisten.

FRAGE 2

Halle ist für mich eine lebens- und liebenswerte Stadt. Die Familienfreundlichkeit unserer Stadt hat für mich oberste Priorität. Dafür benötigen wir zusätzliche Kinderbetreuungsplätze, mehr fußläufig erreichbare Sport- und Spielplätze und eine zusätzliche weiterführende Schule in der Innenstadt.



KATHARINA HINTZ
(WAHLBEREICH 4)

FRAGE 1

Ich würde einen Gestaltungswettbewerb initiieren, in dem Ideen gesammelt werden, wie die zwischen Häusern gelegenen privaten Parkplätze besser

in die Straßen und Wohnviertel integriert werden könnten. Sie passen derzeit nicht in das Stadtbild und zerreißen mit den Lücken manch schönes Gebäudeensemble.

FRAGE 2

Mir ist wichtig, trotz des hohen finanziellen Drucks die Vielfalt Halles zu erhalten. Dabei heißt erhalten nicht, alles muss so bleiben wie jetzt. Die Angebote bei Kultur, Sport, Soziales usw. müssen danach überprüft werden, ob sie genutzt, gebraucht und in einem angemessenen Maß angeboten werden.

JOHANNES KRAUSE (WAHLBEREICH 5)



FRAGE 1

Ich würde den Besuch von Hort und Kindergarten gebührenfrei machen und dafür sorgen, dass jedes Kind ein kostenfreies Mittagessen bekommt.

Für das kostenfreie Mittagessen haben wir schon im Stadtrat eine Mehrheit erreicht. Allerdings ist es im Moment noch nicht finanzierbar.

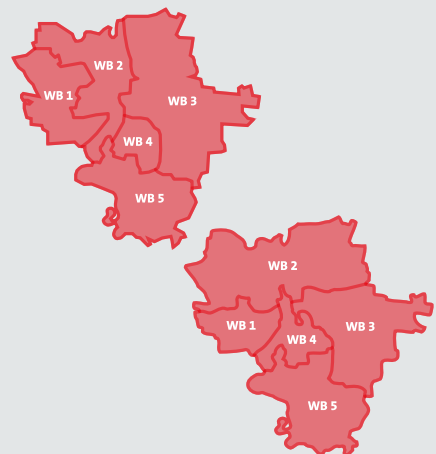
FRAGE 2

An Halle ist mir wichtig, dass diese Stadt bunt, kinder- und familienfreundlich, welt-offen und tolerant bleibt. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich hier auch in Zukunft wohl und zuhause fühlen. Dafür brauchen wir Chancengleichheit bei der Bildung, ein gutes Kulturangebot und eine vernünftige Infrastruktur. Das alles geht nur, wenn der Haushalt der Stadt Halle in Ordnung ist ... – und dafür werde ich mich weiter einsetzen.



WAHLGEBIET

/OH. Das Wahlgebiet der Stadt Halle (Saale) gliedert sich in fünf Wahlbereiche. Die Ausdehnung dieser Wahlbereiche zur Kommunalwahl 2014 unterscheidet sich von der zur Kommunalwahl 2009. Dazu die nachfolgenden Grafiken (oben 2009, unten 2014):



ARNE LIETZ: UNSER KANDIDAT FÜR EUROPA

Interview von Tina Wiesner & Thomas Stimpel, *blick.punkt*

Er war schnell, der Wechsel vom geregelten Alltag zum 24 Stunden-Power-Wahlkampf. Kurzfristig nachnominiert nahm Arne Lietz dann aber ohne zu zögern das Heft des Handelns in die Hand.

WAS BEDEUTET EUROPA FÜR DICH?

Ich bin überzeugter Europäer. Im geteilten Europa auf der Ostseite groß geworden, durfte ich ab Ende 1989 das vereinte Europa mit seinen Freiheiten erleben. Die Stellung der Menschenrechte in Europa, die kulturelle Vielfalt und die Garantie von Persönlichkeitsrechten konnte ich dank mehrjähriger Aufenthalte in den USA und Südafrika auch von außen betrachten und habe sie sehr zu schätzen gelernt. Für dieses Europa setze ich mich mit Herzblut ein.

WAS REIZT DICH DARAN, FÜR DAS EUROPAPARLAMENT ZU KANDIDIEREN?

Als Student hatte ich beim Studienkolleg zu Berlin ein einjähriges Europastipendium. Dort haben wir zum Thema „Erneuerbare Energien in Europa“ gearbeitet. Ich kämpfte dafür, dass der Ausstieg aus der Kernenergie auch in anderen EU-Ländern angegangen wird. Zudem will ich das EU-Parlament in seinen Befugnissen stärken. Dazu gehört ein ständiger Umzug nach Brüssel – also weg vom jährlichen Wanderzirkus nach Straßburg. Das spart Geld, das besser in Arbeitsprogramme für junge Europäerinnen und Europäer investiert ist. Des Weiteren wird aktuell das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) verhandelt. Ich setze mich dafür ein, dass die Verbraucherschutzrechte und die europäischen Standards bestehen bleiben. Das sind einige von vielen Themen, für die es sich lohnt, zu kämpfen.

WAS PRÄDESTINIERT DICH ZUM EUROPAABGEORDNETEN?

Meine Entschlossenheit und Freude, politische Prozesse und gesellschaftliche Entwicklungen kritisch-konstruktiv mitzugestalten. Seit meiner Jugend, im Studium und im Berufsleben war und bin ich im politischen Raum unterwegs. Geprägt hat mich auch meine Zeit als europäischer Repräsentant einer amerikanischen Bildungsorganisation in Europa. Zudem war ich viele Jahre in politischen Delegationen oder auf Einladung in Russland, Ägypten, der Türkei, Tunesien, Marokko, Polen und Israel unterwegs. Hierbei lernte ich viel z. B. darüber, wie sich die bilateralen Beziehungen zu Deutschland oder innerhalb Europas entwickeln.

WIE WIRD DEIN WAHLKAMPF AUSSEHEN?

Neben Wahlkampfständen und dem Besuch von Veranstaltungen habe ich vor, ab Anfang Mai eine Wahlkampftour durch Sachsen-Anhalt zu machen. Dabei werde ich jeden Landkreis besuchen und den Europawahlkampf in den Kommunalwahlkampf einbinden. Ich habe verschiedene Formate entwickelt, die an jedem Ort umsetzbar sind. Zudem stehe ich Vorschlägen aus den Parteigliederungen offen gegenüber und freue mich auf viele interessante Kontakte im Wahlkampf.

WIE MÖCHTEST DU DIE MENSCHEN DAZU MOTIVIEREN, ZUR WAHL ZU GEHEN?

Ich werde immer den direkten Kontakt suchen, um meine Faszination von Europa zu vermitteln und um von der Bedeutung jeder einzelnen Stimme zu überzeugen. Gerade in Zeiten der Krise ist es wichtig, sich nicht einfach von den populistischen, nationalistischen Parteien in den Bann ziehen zu lassen, sondern aktiv daran mitzuwirken, die Vorteile eines vereinten Europas herauszustellen – und aus unseren Fehlern zu lernen.

WELCHE THEMEN MÜSSEN IN DER EU ALS NÄCHSTES ANGEANGEN WERDEN?

Neben den Verhandlungen um das Freihandelsabkommen muss die EU die Banken stärker regulieren und das Problem der Steuerflucht in den Griff bekommen. Wir brauchen ein sozialeres Europa mit klaren Arbeitsmarktbestimmungen, die Kurzarbeit und Leiharbeit massiv einschränken. Darüber hinaus brauchen wir eine stärkere Förderung der Erneuerbaren Energien und einen „Marshallplan 2.0“ für Europa.

WIE STELLST DU DIR DEINE KÜNFTIGE WAHLKREISBETREUUNG VOR?

Mein Wahlkreis wäre mindestens ganz Sachsen-Anhalt mit dem Hauptbüro in Magdeburg. Für mich hätte Bildungsarbeit zu Europa und der EU große Bedeutung, also das Näherbringen von europapolitischen Themen, der EU-Institutionen und deren Wirken in Sachsen-Anhalt. Das passiert sowohl durch vielfältige Kontakte im Wahlkreis, aber auch mit Hilfe von Besuchen interessierter Gruppen im Europäischen Parlament.

VIELEN DANK FÜR DAS GESPRÄCH!



ARNE LIETZ



- geb. am 23.07.1976 in Güstrow (Meckl.-Vorp.) als viertes Kind einer Ärztin für Allgemeinmedizin und einem Pastor
- 1994: Abitur
- 1995-1997: Zivildienst bei Aktion Sühnezeichen, Friedensdienste in Boston, USA, bei Bildungsorganisation „Facing History And Ourselves“/parallel freie Mitarbeit beim Goethe-Institut Boston
- 1997-2004: Studium der Geschichte, Politik & Pädagogik an der Humboldt-Universität zu Berlin und der University of Cape Town (Südafrika); Magisterabschluss als Historiker
- 2004-2006: Europarepräsentant der amerikanischen Bildungsorganisation „Facing History And Ourselves“ (Berlin, Boston, London)
- 2006: Arbeit im Call-Center, Drehbuchvermittler nach Hollywood und Tellerwäscher
- 2007-2009: wiss. Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Engelbert Wüstba in Berlin
- seit 2010 Referent des Oberbürgermeisters der Lutherstadt Wittenberg

Freizeit: Lesen, Musik (Cello & Chor), Radfahren, Windsurfen, Kanufahren, Kochen

EU-WAHL 2014: ES GEHT UM VERTRAUEN

Von Tina Wiesner, *blick.punkt*

Europa. Das Vertrauen in Europa und die europäische Idee schwindet. Hierfür finden sich viele Ursachen: Die Finanz- und Wirtschaftskrise, eine dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit, skandalöse Veröffentlichungen zum Thema Datenschutz oder auch das begründete Gefühl, für eine Misere in die finanzielle Pflicht genommen zu werden, die anderswo ihren Ursprung hat. Die Skepsis gegenüber der EU wird dadurch verstärkt, dass die Arbeitsweisen der zugehörigen Institutionen als wenig transparent und flexibel wahrgenommen werden.

An diesen Punkten setzt die SPD an. Eine zentrale Aufgabe ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, vor allem für junge Menschen. Dies gelingt u. a. durch die Umsetzung unseres Vorhabens der Europäischen Jugendgarantie oder auch die europaweite Einführung des Dualen Ausbildungssystems, also der Ausbildung junger Menschen im Verbund von Unternehmen, Gewerkschaften und Staat.

Die Herstellung von Steuergerechtigkeit und eine Neuordnung der Finanzmärkte

bilden die zweite Säule des SPD-Wahlprogramms. Wir fordern „Null Toleranz für Steuerbetrug“ durch eine stärkere Kontrolle von Finanzinstituten und Unternehmen, eine handlungsfähige Bankenunion, die in Zukunft verhindern soll, dass Bankenpleiten auf dem Rücken der Steuerzahlenden ausgetragen werden, und eine Steuer zur Verhinderung von Spekulationen.

Zum Schutz der personenbezogenen Daten im europäischen Raum streben wir ein umfassendes Datenschutz-Regime an, in dem hohe, klar formulierte Standards auch zum internationalen Datentransfer insbesondere mit den USA verankert sind. Die Bürgerinnen und Bürger in der EU müssen vor den ökonomischen Interessen gigantischer Internet-Konzerne und vor den Spähattacken anderer Staaten geschützt werden.

Die europäische Asylpolitik darf nicht an wirtschaftlichen Nützlichkeitsabwägungen, sondern muss an den Menschen und ihren Rechten orientiert sein. Wir streben ein europäisches Asylsystem an, in dem die

Verantwortungsteilung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten besser als bisher – z. B. in der Drittstaatenregelung – geregelt ist. Eine nachhaltige europäische Asylpolitik muss auch an den Fluchtursachen in den Herkunftsländern der Asylsuchenden ansetzen. Die Überwindung von Armut erfordert eine enge Entwicklungszusammenarbeit, bei der materielle und ideelle Unterstützung notwendig ist.

Schließlich werden wir die Institutionen der EU nach dem Motto „Mehr Demokratie, weniger Bürokratie“ reformieren. Dies gelingt, indem das Europäische Parlament gestärkt, die Arbeit der EU-Kommission auf ihre Wirksamkeit überprüft und eine europäische Zivilgesellschaft besser in den politischen Meinungsbildungsprozess eingebunden wird.

Indem diese europapolitischen Hausaufgaben konsequent, transparent und erfolgreich erledigt werden, kann auch Vertrauen in die EU aufgebaut bzw. wiederhergestellt werden.



WIE FUNKTIONIERT DIE EUROPAWAHL?

Von Thomas Stimpel, *blick.punkt*

Europa. Alle fünf Jahre bestimmen die wahlberechtigten Bürger/-innen der EU in einer Direktwahl die Zusammensetzung des EU-Parlaments. Parallel zu den Kommunalwahlen in vielen Bundesländern wird in Deutschland am 25. Mai 2014 gewählt. Entsprechend dem Lissabon-Vertrag wird eine veränderte Sitzzahl pro Land vergeben: Auf Deutschland entfallen statt wie bisher 99 nur noch 96 von insgesamt 751 Sitzen. Neu ist ebenso, dass es keine 3%-Sperrklausel mehr gibt. Diese wurde am 26. Februar 2014 vom Bundesverfassungsgericht gekippt.

Die Europawahl ist eine Verhältniswahl mit geschlossenen Bundes- oder Landeslisten, die die Parteien im Vorfeld aufstellen. Jede/-r Wähler/-in hat eine Stimme, mit der sie/er eine dieser Liste wählt. Die Anzahl der Sitze pro Partei wird entsprechend dem Verhältnis der jeweils erreichten Stimmenzahl nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung (Sainte-Laguë) errechnet. Besetzt werden die Sitze ab-

schließend gemäß der Reihenfolge der Bewerber auf der jeweiligen Liste. Damit der Listenplatz 24 unseres Kandidaten, Arne Lietz, zieht, benötigt die SPD-Liste eine Zustimmung von ca. 30%.



Arne Lietz (4. v. l.) mit halleschen SPD-Mitgliedern auf dem halleschen Marktplatz.

INNENMINISTER: MIT DEM KOPF DURCH DIE WAND

Polizeistrukturreform: Position der SPD-Landtagsfraktion

Von Rüdiger Erben, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Landespolitik. Vor nahezu drei Jahren trat Innenminister Stahlknecht eine Diskussion um eine neue Polizeistrukturreform los. Zur Erinnerung: Noch im April 2011 hatten CDU und SPD vereinbart, die seit 2008 bewährte Polizeistruktur beibehalten zu wollen. Doch schon im Sommer(-loch) 2011 wollte Stahlknecht eine Polizeireiterstaffel mit 15 Pferden aufstellen. Nachdem er damit auf strikte Ablehnung stieß, trat er mit dem Vorhaben einer grundstürzenden Strukturreform auf den Plan.

Auch damit ist er gescheitert, an der SPD-Fraktion, aber auch an seinen eigenen Parteifreunden in der CDU-Fraktion. Was folgte, war die nächste kraftvolle Ankündigung des Ministers Stahlknecht. Jetzt wolle er das ohne Parlament „durchziehen“. Folge des Alleingangs: Er muss sich in seinem „Reformeißer“ auf das Schleifen des größten Teils der Revierkommissariate und aller 69 Revierstationen beschränken.

Einhergehen soll dies mit dem Einsatz sog.

Regionalbereichsbeamter in allen Einheits- und Verbandsgemeinden – ein Vorhaben, das von der SPD-Fraktion vorgeschlagen wurde und deshalb auch mitgetragen wird. Auch von den Polizeigewerkschaften wird deren Einsatz begrüßt.

Völlig anders liegt es bei dem Ersatz der aufgelösten Dienststellen durch sog. Streifenbereiche („Kornkreise“). Ein solches System ist nirgendwo in Deutschland wirklich erprobt. So etwas auf Knopfdruck einfach einzuführen, lehnt die SPD im Landtag als gefährliches Großexperiment entschieden ab. Unser Vorschlag wäre, in Pilot-Landkreisen nachzuweisen, dass eine solche Organisation funktioniert und auch personell abgesichert werden kann. Wir fordern zudem entschieden, dass der Innenminister endlich die Personalvertretungen vertrauensvoll in die Strukturüberlegungen einbezieht. Beide Vorschläge lehnt Stahlknecht bisher ab.

GEWERKSCHAFTLICHE VORBEHALTE

Von Andrej Stephan, blick.punkt

Eigentlich sollte an dieser Stelle die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu den Plänen von Innenminister Stahlknecht zu Wort kommen. Eine entsprechende Anfrage blieb aber leider unbeantwortet, so dass die Redaktion selbst zur Feder griff.

Landespolitik. Bereits in einer frühen Phase der Debatten um die künftigen Polizeistrukturen beklagten die Personalvertretungen (insbesondere der Polizeihauptpersonalrat (PHPR) beim Innenministerium), entgegen gesetzlicher Regelungen nur in Gesprächen, nicht aber im Rahmen der Mitbestimmung an den Reformideen beteiligt zu werden. Das Ministerium vertrat die Ansicht, die verlautbarten Informationen und die gewerkschaftliche Beteiligung in „unzähligen Gesprächen“ (Stahlknecht) sei angesichts des Kabinettscharakters der Vorschläge ausreichend.

Höhepunkt dieser Auseinandersetzung war ein offener Brief der drei Polizeigewerkschaften im Land an den Ministerpräsidenten vom Februar 2014, in dem der Zick-Zack-Kurs Stahlknechts kritisiert und das Angebot der Mitwirkung unterbreitet wurde. Der PHPR strebt inzwischen ein Beschlussverfahren vor dem Verwaltungs-

gericht an, um seine Mitwirkungsrechte geltend zu machen. Das Verhältnis zum Ministerium und den dort Verantwortlichen scheint zerrüttet.

In der Summe fordern die Berufsvertretungen (von denen die GdP die mit Abstand größte bildet) gegenwärtig ein Umschwenken in der Sicherheitspolitik des Landes durch eine Garantie eines Personalbestandes von mehr als 6.000 Beamten über 2016 hinaus (das verspricht der Koalitionsvertrag) sowie die Erhöhung des Einstellungskorridors auf 350 Auszubildende und Studierende jährlich. Ausdrückliche Zustimmung findet bei ihnen die Stärkung der Streifenbereiche.

Am 22. April steht ein Spitzentreffen mit der Landesregierung ins Haus. Erst danach werden wir wissen, was kommt: Eine Reform aus einem Guss? Oder vielleicht ein neuer Minister?



POLIZEISTRUKTURREFORM

/AS. Eigentlich hatte Sachsen-Anhalt seine Polizeistrukturen bereits in der Folge der Kreisgebietsreform seit 2007 reformiert. Doch nach der Neuauflage der Großen Koalition 2011 trat Innenminister Holger Stahlknecht rasch mit neuen Vorschlägen hervor.

Sein Ausgangspunkt war die These, die Strukturen von 2008 erforderten 8.000 Stellen, über die das Land längst nicht mehr verfüge. Also plante er folgende Veränderungen: An die Stelle der 69 Polizeistationen im Land und einiger Polizeireviere und Kommissariate sollten Regionalbereichsbeamte und Streifenbereiche mit einem Funkstreifenwagensystem treten. Die nun mobilere Polizei solle die ehemaligen Liegenschaften als Basisstationen nutzen. Zudem plante das Ministerium Einsparungen durch die Zentralisierung polizeilicher Verwaltungsaufgaben.

Neben der ministeriellen Eigenart des Vorgehens nach dem Sturm-und-Drang-Prinzip fällt aber auch bei diesem politischen Großereignis auf: Begründet wird die Reform mit dem Damoklesschwert des Personalentwicklungskonzeptes – also wieder einmal mit vorgeblich unvermeidbarem Personalabbau.

Dabei sind sich Fachleute einig, dass ein Kernstück der angedachten Reform, die Beschickung der Streifenbereiche nach dem „Kornkreis“-Prinzip, per se sinnvoll, aber nur mit mehr Personal realisierbar sein wird. Die Umsetzung dieser kriminalgeografischen Idee ist nur im 24-Stunden-Schichtdienst denkbar. Berücksichtigt werden müssten bei der Personalplanung noch Krankheitstage, Urlaub usw.

Was auch immer mensch also von Stahlknechts Reformansätzen hält: Alle Beteiligten sind im unheilvollen Dilemma gefangen, dass Sachsen-Anhalts Politik gegenwärtig über ein „Mehr“ an Personal und Finanzausstattung nur selten nachdenkt und spricht. Ob das dem jeweiligen Zweck, hier der Gewährleistung von Sicherheit, dient, steht auf einem anderen Blatt.

SICHERHEIT? MIT SICHERHEIT!

Von Andrej Stephan, Historiker

Überblick. „Sicherheit [...]“, belehrt uns wikipedia, „bezeichnet einen Zustand, der frei von unvermeidbaren Risiken der Beeinträchtigung ist oder als gefahrenfrei angesehen wird.“

Soweit die rein technische Definition. Politisch bedeutet „Sicherheit“ noch einiges mehr. Die im Lateinischen wurzelnde und auf Leibniz zurückgehende Unterscheidung von „innerer“ und „äußerer“ Sicherheit von Gemeinwesen ist inzwischen fast 450 Jahre alt. Um 1670, der beginnenden Konsolidierung von größeren Herrschaftsgebieten, bezeichnete „Sicherheit“ die gewaltfreie Regelung des Zusammenlebens einerseits, aber auch die Stabilisierung und Wohlordnung von Herrschaft andererseits (andere Begriffe, wie etwa „Polizei“ leiten sich daraus folgerichtig ab).

Seitdem ist Sicherheit als ein Zentralwert von Staatlichkeit etabliert. Der berühmte Historiker Werner Conze hat 1984 in den Geschichtlichen Grundbegriffen überzeugend geschildert, wie „Sicherheit“ vom oben genannten Ursprung zu „eine[m] vielseitig verwendeten Grund- und Wertbegriff der politisch-sozialen Sprache“ wurde.

Sicherheit hat die bundesdeutschen Wahlkämpfe der Jahre ab 1957 bestimmt, 1976 sogar entschieden. Sicherheit(spolitik) erfreut sich inzwischen aber auch einem Begriffsverständnis, das Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Jahr 2009 eher auf eine innere Gefühlslage zuspitzen wollte. Der Jurist und Kriminologe Karl-Ludwig Kunz vertritt sogar die These, es gebe überhaupt nur konservative Sicherheitspolitik, weil ein Sicherheitsversprechen auch eine Garantie vor (zumindest grundstürzenden) Veränderungen beinhaltet.

Dies alles transportiert ins Sachsen-Anhalt des Jahres 2014? Mit Fug und Recht kann (hier überwiegend: innere) Sicherheit als eine staatliche Leistung definiert werden, wonach – salopp gesprochen – das Großmütterchen in Klieken, Arendsee und Zeitz erwarten darf, nicht überfallen, ausgeraubt, misshandelt oder ermordet zu werden. Von Dieben, Räubern, Mördern. Oder der Polizei (denn der Deal gilt beiderseitig).

KEINE MEILENSTEINE DER DEMOKRATIE

Von (fehlenden) Kommunikationsströmen und Flussläufen

Von Tina Rosner, Jusos Magdeburg

Magdeburg. Wie schmal der Grat bei der Zusammenarbeit mit der Polizei zwischen Kooperation und Frust sein kann, haben die Anti-Nazi-Proteste im Januar 2014 in Magdeburg wieder einmal deutlich gezeigt. In diesem Jahr sollten die Proteste noch nachdrücklicher werden. Deshalb forderten wir Varianten friedlicher Aktionen in Hör- und Sichtweite zu den Neonazis ein. Ein breites Bündnis entwickelte hierfür das Konzept der Meilensteine. Diese, an sensiblen Punkten angemeldeten Proteste, sollten als Außenstellen zur im Stadtzentrum etablierten „Meile der Demokratie“ dienen.

Dies erschien nach 2013 dringend geboten und sollte das Recht, sich deutlich gegen Neonazis positionieren zu können, schützen. Das war in den Vorjahren so gut wie nie möglich. Neonazis konnten stattdessen nahezu uneingeschränkt auflaufen.

Bereits im Vorfeld zeichnete sich ab, dass das Innenministerium das Interesse an einem Austausch verloren hatte. Das Bündnis plante weiter, doch seine Arbeit erwies sich

bald als praktisch wertlos. Denn die Polizeileitung konterkarierte alle Pläne. Sie verwehrte, unter mehrstündiger Abriegelung ganzer Stadtteile, nicht nur friedlich Protestierenden den Zugang zu den Meilensteinen, sondern auch Anwohner_innen, ja sogar Paketboten, ein Passieren der Brücken. Auch der Zugang zur „Meile“ wurde erneut verwehrt. Ferner kam es zu Übergriffen der Polizei.

Neonazis wurden hingegen in Zügen gefahren, bis ihr Aufmarsch möglich wurde. Begründung für diesen Aufwand: Das Demonstrationsrecht der Neonazis müsse gewahrt bleiben. Fraglich ist, welchen Stellenwert das Demonstrationsrecht der Gegendemonstranten hatte. Dieser „linken“ Gruppe wurde dieses Recht verwehrt, um das der Neonazis durchzusetzen. Das dabei effektivste Mittel, nämlich Brückensperrungen, wäre – nach Polizeiangaben – keine Absicht, sondern alleinige Folge einer Kommunikationspanne gewesen.

ZUR REFORM DER SICHERHEITSARCHITEKTUR

Von Dr. Karamba Diaby, Mitglied des Bundestages

Bund. Der NSU-Untersuchungsausschuss hat deutlich aufgezeigt, dass die Sicherheitsarchitektur in Deutschland einer umfassenden Reform bedarf. Die Regierungskoalition hat sich vorgenommen, bei der Ausbildung der Sicherheitsbehörden künftig die interkulturellen Kompetenzen der Polizist(inn)en zu stärken. „Diskriminierungsfreiheit“ ist das Ziel von Aus- und Fortbildungen. Wer parallel dazu den grundgesetzlich verbrieften Gleichbehandlungsgrundsatz liest, kommt unweigerlich auf die Frage, ob dies nicht eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist bzw. sein sollte.

Auch in anderen Bereichen zeigt sich im Alltag, dass wir vom Ziel der Diskriminierungsfreiheit noch (zu) weit entfernt sind. Menschen, bei denen ein Migrationshintergrund zu vermuten ist, erleben es immer wieder, dass sie „verdachtsunabhängig“ kontrolliert werden. Die §§ 22 und 23 des Bundespolizeigesetzes ermächtigen Polizist(inn)en, zur Abwehr unerlaubter Einreisen auf Flughäfen und Bahnhöfen, in Zügen oder im Grenzgebiet Personen zu

kontrollieren.

Offiziell wird sogenanntes „Racial Profiling“, die Ungleichbehandlung von Personen in Abhängigkeit von Rasse, Herkunft oder Religion, nicht praktiziert, denn es ist mit den Normen unseres demokratischen Rechtsstaates nicht vereinbar. Der Alltag sieht anders aus. Spätestens, wenn die Hände die Wand berühren, die Aufforderung erfolgt, die Beine zu spreizen, und vor den Augen aller Passanten der Körper abgetastet und der Ausweis kontrolliert werden, würde sich jeder fragen: Ist er Mensch zweiter Klasse? Schließlich zeigt die Stigmatisierung der NSU-Opfer als Mitverantwortliche für die Taten des NSU, welcher Handlungsbedarf hinsichtlich der Stärkung der interkulturellen Kompetenzen unserer Polizist(inn)en besteht.

Die Polizist(inn)en erwarten von der Gesellschaft zu Recht die Anerkennung und Würdigung ihrer besonderen Verdienste um unsere Gesellschaft. Die herausgehobene Position der polizeilichen Behörden in ...

(Fortsetzung auf Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7)

... unserem staatlichen Gefüge steht ebenfalls außer Frage. Das bedeutet aber im Umkehrschluss auch, dass wir an die Professionalität von Polizeibehörden berechtigterweise hohe Erwartungen richten dürfen.

In der Bevölkerung kursiert das Vorurteil, polizeiliche Behörden seien starre und reformunfreundliche Staatsorgane. Das stimmt nicht. Mehrfach haben die Polizeibehörden in den letzten Jahrzehnten aus eigenem Antrieb und von innen heraus Veränderungen und Anpassungen an neue Gegebenheiten vorgenommen. Als Innovatoren haben sich

dabei immer wieder die Polizeigewerkschaften sehr positiv hervorgerufen.

Dieser Weg muss weiter beschritten werden. Veränderungen von innen werden zum einen von den Akteuren selbst eher akzeptiert, insbesondere wenn sie in die Prozesse kontinuierlich eingebunden werden. Zum anderen vermitteln eigeninitiierte Veränderungen nach außen ein positives Bild. Das befördert das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden. Und das ist für die Beziehung zwischen Bürgern – egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund – und Polizeibehörden wichtig!

DAS S.C.H.I.R.M.-PROJEKT

Von Karolin Loch, Sozialpädagogin im S.C.H.I.R.M.-Projekt

Halle. Das S.C.H.I.R.M.-Projekt in Halle, oder in der Langfassung „Straßenkinder- und Communication-Haus mit Integrations- und Resozialisierungs-Möglichkeiten“ wird von jungen Menschen aufgesucht, die auf Grund verschiedener lebensgeschichtlicher Erfahrungen „etwas anders singen“, als es von unserer Gesellschaft erwartet wird. Häufig haben sie die Erfahrung gemacht, ausgegrenzt und abgestempelt zu werden: „Sie seien sowieso diejenigen, die es zu nichts bringen würden“, heißt es oftmals.

80 Prozent unserer Nutzerinnen und Nutzer leben von sozialen Transferleistungen und 38 Prozent sind außerhalb des elterlichen Haushaltes aufgewachsen. Unsere Einrichtung hat es sich zum Ziel gesetzt, diesen sozial benachteiligten jungen Menschen und heimatlosen Jugendlichen die Tür aufzuhalten, sie freundlich zu empfangen und ihnen niedrigschwellige Angebote zu unterbreiten.

Wer das S.C.H.I.R.M.-Projekt besucht, kann einfach nur da sein, duschen, seine Wäsche waschen, eine warme Mahlzeit bekommen. Wer möchte, kann sich mit den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen unterhal-

ten, seine Geschichte erzählen und gemeinsam Perspektiven erarbeiten.

Viele unserer Nutzerinnen und Nutzer kommen immer wieder. Für Manche sind wir eine Art zweites zu Hause geworden. Oft beobachten wir, wie die jungen Menschen stolz ihre Freundinnen und Freunde mit in die Einrichtung bringen und ihnen „ihr Zu Hause“ zeigen. Dennoch sind und wollen wir für unsere Nutzerinnen und Nutzer keine Endstation sein, sondern sie auf dem Weg, den sie gehen wollen und können ein Stück begleiten. Unser Grundsatz lautet: „Ich darf sein der ich bin und werden der ich sein kann“ (Jorge Bucay).

Unsere Arbeit ist ein leiser Erfolg: Manchen unserer Jugendlichen verhelfen wir zu einer Ausbildung, anderen gelingt es, ihre kleine Familie zusammenzuhalten. Wieder andere nutzen uns als Sprungbrett in ein drogenfreies Leben. Die Entwicklungen unserer Jugendlichen sind dabei so facettenreich wie die wechselvollen Lebensgeschichten, mit denen sie zu uns kommen.



KALENDERBLATT: ZUWANDERUNGSGESETZ (2005)

/MS. Vor mehr als zehn Jahren bestimmte die Frage, ob Deutschland ein Zuwanderungsland sei, die öffentliche Diskussion. Die Debatte mündete schließlich in ein am 1. Januar 2005 in Kraft getretenes neues Zuwanderungsgesetz. Dieses regelt seitdem wesentliche Teile der Migrations- und Integrationspolitik sowie den Aufenthalt sogenannter „Nichtdeutscher“. Allerdings basiert das vor fast zehn Jahren verabschiedete Gesetz im Wesentlichen auf Bestimmungen, die bereits im Aufenthaltsgesetz aus dem Jahr 1991 festgelegt worden waren.

Wesentliche Fortschritte konnten durch das Zuwanderungsgesetz im Bereich der Integration von Migrant(inn)en erzielt werden. Seitdem hat jede(r) Zugewanderte einen rechtlichen Anspruch, einen Platz in einem Integrationskurs zu erhalten. Insbesondere der Erwerb der deutschen Sprache wird seitdem als Kernstück einer gelingenden Integration betrachtet.

Aber das Gesetz ruft noch immer Kritik hervor. Es wird bemängelt, dass es vor allem unter den terroristischen Ereignissen der Jahre seit 2001 entstanden ist. Zusätzlich konnte durch die Gesetzesinitiative die Lage von Geduldeten nicht entscheidend gebessert werden.

In den Bundesländern wurden nach Inkrafttreten des Gesetzes sogenannte Härtefallkommissionen eingesetzt. Diese Gremien besitzen die Möglichkeit, Empfehlungen zu geben, um Betroffenen aus humanitären und persönlichen Gründen den Aufenthalt trotz anderslautender rechtlicher Lage zu ermöglichen. Allerdings sind die Behörden an diese Empfehlungen nicht gebunden.

Die erste Evaluation des Gesetzes im Jahr 2006 stellte fest, dass sich das Gesetz „grundsätzlich bewährt“ habe. Die seitdem vorgenommenen Änderungen am Gesetz zeigen, dass die Migrations- und Integrationspolitik ein dynamischer Prozess ist, der regelmäßige Anpassungen erfordert. Die anhaltende Kritik und die regelmäßigen Anpassungen sind der beste Beweis dafür, dass die Bundesrepublik ein Zuwanderungsland ist.



Das S.C.H.I.R.M.-Projekt wurde 1991 als „Straßenkinder- und Communication-Haus mit Integrations- und Resozialisierungs-Möglichkeiten“ aus einer Initiative einiger SozialpädagogInnen der Aids-Hilfe e. V. gegründet, um Streetwork im Strichermilieu zu leisten. Mit der Zeit verlagerte sich die Zielgruppe auf junge Menschen, die den Hauptteil ihrer Lebenszeit auf der Straße verbringen. 1997 wurde das FUN-Projekt als ein Sportangebot zum Aggressionsabbau in die Arbeit integriert. Über die Jahre hinweg beobachteten wir, dass bei Vielen der Wunsch nach einer Geborgenheit, die sie selbst nie erlebt haben, zur Gründung einer eigenen Familie führt. Häufig fällt es ihnen jedoch schwerer als gedacht, diesen Traum wahr werden zu lassen, so dass sie sozialpädagogische Familienhilfen, die wir seit 2008 vermehrt anbieten, in Anspruch nehmen, um gemeinsam mit ihren Kindern im eigenen Haushalt zu leben. (Quelle: <http://jw-frohe-zukunft.de/schirm>)